



Wachstumssensation in der Slowakei:

**Anhaltender Boom in der slowakischen Wirtschaft.
Regierungswechsel zeitigt keine größeren Veränderungen
Erfolge der Reformen Dzurindas**

Slowakische Wirtschaft wächst rasant

Eigentlich eine Ausnahmeerscheinung: Lob für das Finanzministerium eines Landes. In der Legislaturperiode 2002-2006 trat er in der Slowakei ein. Grund: Ein Programm voller progressiver Veränderungen im Bereich der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik bewirkte ein deutliches Wirtschaftswachstum. Nach den Berechnungen des staatlichen Statistikamtes wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2006 gegenüber dem Vorjahr um 8,3 Prozent. Im Unterschied zu den Nachbarländern Ungarn, Tschechien und Polen stehen die Chancen für die Einhaltung der Stabilitätsziele auch erstaunlich gut. So ist die Slowakei auf dem besten Weg, wie geplant zum 1. Januar 2009 den Euro einzuführen.

Woher der Erfolg?

Das Reformpaket Mikuláš Dzurindas



Mittlerweile sind sich die Experten in Wissenschaft, internationalen Organisationen (Weltbank, WWF, O-

ECD) und Medien einig: Die Regierung des christdemokratischen Ministerpräsidenten Mikulas Dzurinda führte in der vergangenen Legislaturperiode eine für westeuropäische Verhältnisse unglaubliche Anzahl an Reformen durch. Von besonderer Bedeutung: die große Steuerreform, die zum 1. Januar 2004 in Kraft trat. Die Regierung führte eine Einheitssteuer in Höhe von 19 Prozent für Einkommens- (Flat Tax), Körperschafts- und Mehrwertsteuer ein. Schenkungs-, Dividenden- und Erbschaftssteuer wurden abgeschafft. Sukzessive auch die Grundbesitzsteuer (zumindest die nationale). Unternehmensverlagerungen in die Slowakei sind seitdem an der Tagesordnung. Ein einfaches und transparentes Steuersystem, das zudem einen vergleichsweise niedrigen Steuersatz bei moderaten Arbeitskosten beinhaltet, ist verlockend.

Eine Reform des öffentlichen Finanzwesens hatte das Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt innerhalb der öffentlichen Finanzen zu erreichen. Insbesondere sollte das Haushaltsdefizit verringert werden, um den Maastrichter Konvergenzkriterien und hier insbesondere der Defizitgrenze von 3 Prozent zu genügen. Seit 2004 wird der Grundsatz der Programmbudgetierung

angewendet. Die Budgetierung erfolgt seitdem bezogen auf politische Programme. Diese Umstellung trägt zu größerer Transparenz öffentlicher Finanzen bei. Eine Fiskaldezentralisierung sollte die Kommunen mit eigener Steuerhoheit ausstatten. Leider nutzten einige Gemeinden ihre neuen Möglichkeiten zu sehr aus. Um so viel Geld wie möglich in ihre Gemeindekassen fließen zu lassen, trieben sie zum Teil die Sätze der Grundbesitzsteuer in absurde Höhen. Das Finanzministerium war daraufhin gezwungen, Obergrenzen festzusetzen. Die Schlüsselzuweisungen aus der Einkommenssteuer an die Kommunen betragen jetzt über 90%.

Mit einer Reform der sozialen Sicherungssysteme wurde ein langfristig stabiles Umlageverfahren angestrebt. Stufenweise Anhebung des Rentenalters, Abhängigkeit der Rentenhöhe von der Höhe der Rentenversicherungsbeiträge und die Anwendung der „Schweizer Methode“ zur Berechnung der Rente sind Programminhalt. Nach der „Schweizer Methode“ ist die durchschnittliche Gehaltsentwicklung und die Entwicklung der Lebensunterhaltungskosten Bemessungsgrundlage. Damit endete die Zuständigkeit des slowakischen Parlaments für die Festlegung der Rentenhöhe. Man führte private Rentenfonds ein, in die jeder neue versicherungspflichtige Beschäftigte einzahlen muss. Das dreisäulige Modell basiert neben dem bisherigen Umlageverfahren (PAYG) auf einem obligatorischen Kapitaldeckungsverfahren und einem steuerbegünstigten privaten Ansparverfahren (ähnlich der Riester-Rente). Unterschied zur deutschen Rentenversicherung: durch die Einführung des kapitalgedeckten Pfeilers wird das Risiko einer abträglichen demographischen Entwicklung mini-

miert. Das Arbeitslosengeld wurde auf 50 Prozent des vorherigen Gehaltes festgesetzt, Lohnnebenkosten reduziert.

Im Zuge einer Gesundheitsreform wurden zwei große Krankenkassen in Aktiengesellschaften umgewandelt, die sich in Staatseigentum befinden.

Die Regierung Dzurinda setzte auf Deregulierung und Marktmechanismen. Der Arbeitsmarkt wurde durch eine Novelle des Arbeitsgesetzbuches aus dem Jahr 2003 flexibler gestaltet. Ziel war die stärkere Motivation zu Übernahme von individueller Verantwortung. Weitere Reformschritte: Innovationsförderung, Entwicklung einer Informationsgesellschaft, Modernisierung der öffentlichen Verwaltung.

Der damalige Ministerpräsident Dzurinda verfolgte konsequent die Privatisierung so genannter strategischer Bereiche, u.a. Energiewirtschaft, Wasser/Abwasser, Telekommunikation.

Seit Juli letzten Jahres ist eine neue linksnationale Regierung unter Ministerpräsident Róbert Fico im Amt. Politik und Fachwelt erwarteten mit Spannung Änderungen der durchgeführten Reformen.

Róbert Ficos Regierungserklärung

Bereits im Wahlkampf kritisierte der damalige Oppositionsführer **Robert Fico** (SMER-Sozialdemokratie) die Wirtschaftspolitik der Regierung Dzurinda. Sein Vorwurf: Die alte Regierung habe niedrige Löh-



ne, Privatisierungen und Steuer-Dumping dazu genutzt, um die Slowakei im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig zu machen. Die Reformen nutzten nur einer Minderheit; Daher wolle man das Reformpaket aufschneiden und neu ordnen. So sollte z. B. die vom ehemaligen Finanzminister 2004 eingeführte Einheitssteuer zugunsten einer progressiven Besteuerung wieder abgeschafft werden.

In der Regierungserklärung führte Fico dann aus: Ziel ist der Aufbau eines effizienten Sozialstaates. Fico setzt ferner auf Investitionen im Bildungssektor. Seine Regierung strebt ein Wirtschaftswachstum „höherer Qualität“ an. Wirtschaftswachstum soll unmittelbar mit einer Anhebung der Beschäftigungsquote und der Verbesserung der sozialen Lage einhergehen. Die Regierung Fico möchte in die Lohndifferenzierung eingreifen. Dennoch: die erst kürzlich erfolgte Flexibilisierung des Arbeitsmarktes soll respektiert werden. Tatsächlich führten die Sozialdemokraten bisher noch keine Neuerungen ein. Ausnahme: ein Weihnachtsgeld für jeden Rentner iHv. Ca. 25,- €. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bestätigt den Kurs der Regierung Dzurinda. Fico tut gut daran, die Reformen im Wesentlichen nicht an zu tasten: Die Arbeitslosenquote sinkt aufgrund des robusten Wirtschaftswachstums derzeit mit einer Geschwindigkeit von 1%punkt/Jahr.

SMER und der Euro

Róbert Fico gehört zu den Wortführern jener Politiker der Beitrittsländer, die die Maastricht-Kriterien als "ungerecht" bezeichnen. Es sei nicht fair, die stark wachsenden Transformationsländer denselben Kriterien zu unterwerfen, wie die "alten" EU-Länder. Tatsächlich existiert zur Einhaltung der

Kriterien keine Alternative, wenn der Euro zeitnah eingeführt werden soll.

Fico veranlasste ferner einen sofortigen Privatisierungsstop. Er versprach Einsparungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Mit den frei werdenden Geldern wollte er Verkehrsförderung, vor allem aber auch andere populäre Programme wie das o. e. Weihnachtsgeld für Rentner finanzieren.

Erfolge der Reformen Dzurindas

Die Wirtschaft in der Slowakei floriert nach wie vor.

Im Bericht der Weltbank „Doing Business 2007“ liegt die Slowakei bei der Bewertung des Unternehmensmilieus auf Platz 36 unter 175 Ländern. Damit ist sie die Nr. 1 unter den Visegrád-Staaten.

Das Volkswagenwerk in Bratislava beschäftigt bereits ca. 9.000 Mitarbeiter. Im nächsten Jahr werden das KIA-Werk in Zilina und das Peugeot-Werk in Trnava fertig gestellt. Damit wird die Slowakei demnächst der weltweit größte Produzent von Automobilen je Einwohner sein. Bisher ist weniger aufgefallen, dass das kleine Land auch in der Elektronik-Industrie kräftig zulegt. Sony baut schon seit Januar in der südwestslowakischen Stadt Nitra eine neue Fabrik. In dieser sollen in Zukunft 3.000 Mitarbeiter bis zu drei Millionen LCD-Fernsehgeräte jährlich produzieren. Der südkoreanische Konkurrent Samsung plant eine Investition in der Ortschaft Voderady.

Die Arbeitslosigkeit im Land geht kontinuierlich zurück. Eurostat nannte zuletzt noch einen Wert von knapp über 12 Prozent zum Jahresende 2006, das nach einer anderen Methode rechnen-

de slowakische Arbeitsministerium sogar weniger als zehn Prozent.

Die slowakische Krone erreicht Rekordwerte. Die Europäische Zentralbank (EZB) musste die Schwankungsbreite für die Krone anpassen. Im März korrigierten Europäische Zentralbank, die Finanzminister und die Gouverneure der Zentralbanken der Euro-Zone den Rahmen für Kursschwankungen der slowakischen Währung in der Vorbereitungsphase auf die Euroeinführung um 8,5 Prozent nach oben.

Die Inflationsrate fällt rasant.. Im Januar 2007 betrug sie 3,0 Prozent. Dies ist eine deutliche Verbesserung im Verhältnis zum Vorjahr, in dem der Wert im Januar bei 4,1 Prozent lag. Zur Erreichung des Maastrichter Inflationskriteriums, muss die Rate um weitere 0,3 Prozentpunkte sinken. Die Chancen dafür stehen gut. Die Nationalbank prognostiziert für das Jahr 2007 einen Wert von unter zwei Prozent. Die zurück gehende Inflationsrate ist umso positiver zu bewerten, wenn man berücksichtigt, dass gleichzeitig das Wirtschaftswachstum und das Investitionsvolumen neue Gipfel erklimmen. Bei entsprechender Steigerung dieser beider Indikatoren wird in großem Umfang Liquidität benötigt. Die in den Markt hinein fließenden Mittel fördern inflatorische Tendenzen.

Auf einem guten Weg ist auch die Reduzierung des Handelsbilanzdefizits, vor allem aufgrund der erwarteten Exportsteigerungen im Bereich der Automobilindustrie. Die Volkswirtschaftsexperten der größten slowakischen Bank Slovenská Sporiteľňa prognostizierten für 2008 ein Handelsbilanzdefizit von 1 bis 1,5 % des BIP.

Für das Jahr 2007 wird ein starkes Reallohnwachstum erwartet. Dieses wird aus dem erheblichen Rückgang der Inflationsrate bei weitestgehend erhaltenem Wachstum des durchschnittlichen Reallohns resultieren.

Die Stärke der slowakischen Volkswirtschaft spiegelt sich in dem steigenden Vertrauen der Unternehmer auf eine anhaltend gute Konjunktur. Der Optimismus der slowakischen Firmen wie auch der Verbraucher in die Wirtschaft des Landes ist laut Erhebungen des staatlichen Statistikamtes so hoch wie nie zuvor. Trotz ursprünglicher Skepsis gegenüber dem im Sommer erfolgten Regierungswechsel ist der Unternehmervertrauensindex von Januar 2006 zu Januar 2007 um fast zwölf Prozentpunkte gestiegen.

Regierungswechsel zeitigt keine größeren Veränderungen

Vollmundig hatte Robert Fico umfangreiche Änderungen angekündigt, z. B. die Einführung der Einheitssteuer im Einkommenssteuerbereich rückgängig zu machen. Bisher geschah nur wenig. Nach der Regierungserklärung wird nun klar: Die Flat Tax soll bleiben; zusätzlich will man den Steuerfreibetrag bei Personen mit höherem Einkommen zur Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich abschaffen.

Kritisch beurteilen Beobachter den von Fico angekündigten sofortigen Privatisierungsstopp. Zum soll vorgeblich nicht privatisiert werden, zum anderen plant das Finanzministerium, 37 Prozent der Postbankaktien an den Mehrheitsbesitzer zu veräußern. Eine Art „verdeckte Privatisierung“, über die der Verwaltungsrat entscheidet. Somit kann der Finanzminister guten Gewissens behaupten, es handele sich dabei

nicht um eine regierungsseitige Privatisierung.

Dzurinda setzte mit seiner Gesundheitsreform eine Umwandlung der Krankenkassen in Aktiengesellschaften durch. Ficos Regierung stellte vor kurzem zwei Gesetzentwürfe vor, die diese Transformation umkehren sollen. Staatliche Krankenkassen werden zudem ferner bevorzugt, Alle Staatsangestellten werden nach dem Vorschlag bei den rückverstaatlichten Krankenkassen pflichtversichert.

Zwar kündigte die Regierung Fico an, sie wolle an der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes festhalten, doch letztlich will man die Arbeitsgesetzgebung restriktiver gestalten. Arbeitnehmerschutz und die Stärkung der Gewerkschaften sollen in einem neuen Arbeitsgesetzbuch vorangetrieben werden. Einen Entwurf legte das Arbeitsministerium bereits vor.

Fico versprach außerdem Einsparungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Tatsächlich wies er seine Ministerien an, mitzuteilen, wo Ressourcen eingespart werden könnten. Er ließ ihnen jedoch keine Zeit für Analysen der Kostenintensität oder der Aufgabenprioritäten. Ein sinnvolles Sparprogramm kann so nur schwer erstellt werden. Zudem ordnete Fico an, dass die Einsparungswelle auch das Verteidigungsministerium erfassen solle. Im Rahmen Mitgliedschaft in der NATO verpflichtete sich das Land jedoch, zwei Prozent des BIP für eine NATO-Strategie kompatible Verteidigung aufzuwenden. Das Potenzial zur Durchsetzung dieser Ankündigungen wird von Beobachtern insofern für gering erachtet.

Dzurinda versus Fico

Wer trägt die Verantwortung für den enormen Aufschwung?

Bekanntermaßen zeigen sich wirtschaftliche Erfolge nach Reformen erst mittel- und langfristig. Experten gehen von einem Nachklappen makroökonomischer Effekte (Faustformel) etwa 18 Monate nach Einführung neuer Gesetze aus. Wären die Wahlen nicht vorgezogen worden, so hätte sich Dzurinda für die Erfolge feiern lassen können.

Dass er sogar entgegen seiner Wahlversprechen an den tief greifenden Reformen Dzurindas festhält, zeigt, inwieweit selbst Fico vom Erfolg und von der Wirksamkeit Dzurindas Politik überzeugt ist. Auch Dank der mutigen Schritte der Vorgängerregierung startet die Slowakei heute als attraktiver Wirtschaftsstandort in Osteuropa durch.

Schwer nachzuvollziehen sind Ficos Pläne zur Änderung der Arbeitsgesetzgebung. Die Arbeitslosigkeit sinkt rasant. Die Einkommen steigen überproportional. Arbeitsrechtler fragen, ob es denn eines verstärkten Kündigungsschutzes oder einer stärkeren betrieblichen Mitbestimmung überhaupt bedarf.

An vielen Neuerungen der Regierung Dzurinda hält Fico fest – wenn er dies auch nicht öffentlich zugibt. Die positive Entwicklung, die das Land durch das unternehmerfreundliche Klima nimmt, kann auch er nicht leugnen. Eine Änderung der flexiblen Arbeitsgesetze ist nicht nachzuvollziehen in einer Zeit, in der die Arbeitslosenrate so massiv sinkt. Fico reitet auf der Erfolgswelle, die Dzurinda angestoßen hat.



Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die erneuten Regulierungsmaßnahmen auf den gerade liberalisierten Markt auswirken werden. Zu hoffen ist, dass die Erfolgsgeschichte der Slowakei, angestoßen durch die Regierung Dzurinda nicht durch eine neue populistische Regierungspolitik bereits nach einem Kapitel ihr Ende findet.

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Prag**

Verantwortlich
Dr. Stefan Gehrold

Mitarbeit
Christoph Thanei
Tomislav Delinic
Jeannette Hamm
Klimentská 46
110 02 Praha 1
Tel.: 00420-222 320 190
Fax: 00420-222 320 198
Email: kasprag@kasprag.cz
Web: www.kas.de/prag